Abg. Tandler wies darauf hin, dass die in dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 26.01.2004 enthaltene Thematik ausführlich in den Gremien des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg erörtert und entschieden worden sei. Außerdem wolle er verdeutlichen, dass es durch die Initiative der Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion in den Gremien der VRS gelungen sei, dass das Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises von den Kürzungsplänen nicht unmittelbar betroffen werde. Im gesamten Gebiet des VRS seien lediglich 18 von insgesamt 1004 Kürzungen festzustellen. Dennoch werde die SPD-Kreistagsfraktion auf Grund der Bedeutung der Kürzungen für Nordrhein-Westfalen insgesamt dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zustimmen.

Abg. Heuel bestätigte die Ausführungen des Abg. Tandler. Die CDU-Kreistagsfraktion sei von betroffenen Nachbarkommunen um Unterstützung gebeten worden. Die in Aussicht gestellte Unterstützung der SPD-Kreistagsfraktion begrüße er.

Abg. Tandler verwies auf einen in dem Text der Resolution enthaltenen redaktionellen Fehler. Statt „104,6 Mio Zug-km“ müsse es heißen „100,5 Mio Zug-km“.

**B.-Nr. Der Kreisausschuss verabschiedet folgende Resolution im Wege des Eilbeschlusses
493/04 nach § 50 Abs. 3 Satz 1 KrO NRW:**

**Resolution
zur geplanten Kürzung von SPNV-Leistungen in NRW und weiteren Kürzungen
auf Basis des Koch-/Steinbrück-Papiers im Vermittlungsausschuss
sowie den Plänen zur Kürzung der Aufgabenträgerpauschale**

Das Landeskabinett NRW plant die Mittelbereitstellung für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) für die Jahre 2004 und 2005 zu kürzen. Nach den derzeitigen Gesetzentwürfen werden für das Jahr 2004 lediglich Mittel zur Finanzierung von 99,3 Mio Zug-km statt 100,5 Mio Zug-km bereitgestellt. 1,2 Mio sind somit nicht finanziell abgesichert.

Die beabsichtigte Kürzung der Finanzmittel für den SPNV wird vom Rhein-Sieg-Kreis einhellig und nachdrücklich abgelehnt.

Die Ausweitungen des SPNV-Angebotes in den letzten Jahren, initiiert durch das Land und den VRS, wurden gerade erst 2002 gesetzlich festgeschrieben. Auf Grund dessen hat der VRS langlaufende Verträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen abgeschlossen, um eine hohe Angebotsqualität und eine langfristige Mobilität im hiesigen Ballungsraum zu gewährleisten.

Allein im ersten Halbjahr 2003 konnte in der Folge das Verkehrsaufkommen um 5 %, die Einnahmen sogar um 8 % gesteigert werden.

Die Kunden, die durch das verbesserte Angebot gerade gewonnen wurden, würden durch die Verschlechterung des Angebotes wieder in den eigenen Pkw (so vorhanden) gedrängt und wären für den gesamten Öffentlichen Nahverkehr auf lange Sicht verloren. Die damit einhergehenden Einnahmeverluste würden ebenfalls bei den kommunalen und privaten Bus- und Stadtbahnbetreibern zu verzeichnen sein, da ca. 40 % der Fahrgäste im Vor- und Nachlauf diese Verkehrsmittel benutzen.

Eindringlich spricht sich der Rhein-Sieg-Kreis zudem gegen die Kürzungsvorschläge im Positionspapier der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück, die im Vermittlungsausschuss auf Bundesebene beschlossen wurden, aus (2 % Kürzung der Bundesregionalisierungsmittel).

Die Folge ist eine erhebliche Abwanderung insbesondere von Pendlern und damit mehr Staus auf den Straßen im Verbundgebiet.

Der Rhein-Sieg-Kreis fordert daher die Landesregierung NRW, die Bundesregierung

und den Bundesrat eindringlich auf, die Einsparvorschläge im SPNV sowohl auf Landesebene NRW als auch auf Bundesebene wegen ihrer vielfältigen Konsequenzen im Verkehrs- und Wirtschaftsbereich zu überdenken und diesen nicht zu folgen.

Die Kürzung der ÖPNV + SPNV-Aufgabenträger-Pauschale, wie es das Konzept der SPD-Landtagsfraktion neben der Streichung von SPNV-Betriebsleistungen vorsieht, führt zu erheblichen Belastungen der Kreise und kreisfreien Städte und stellt einen neuen Angriff auf die Kommunalfinanzierung dar.

Die Streichung wäre für den im Umbruch befindlichen ÖPNV-Markt das grundsätzlich falsche Signal. Attraktivitätssteigernde Maßnahmen könnten nicht mehr realisiert, die Vorbereitungen auf den europäischen Wettbewerb würden gestoppt und Zubringersysteme zum Schienenpersonennahverkehr müssten gestrichen werden.

Der Rhein-Sieg-Kreis fordert die Landesregierung deshalb auf, auch die geplanten Streichungen bei den ÖPNV + SPNV-Aufgabenträgern sowie im Schülerverkehr nicht weiter zu verfolgen, da unmittelbar die Kunden im ÖPNV und SPNV von den Kürzungen betroffen wären.

Abst.- einstimmig
Erg.: